

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937 1920

69 (9.3.1920) Erstes Blatt

Klar, daß in den Bestrebungen zur Liebergutmachung einer Veränderung vorgenommen werden müsse.

Auch in Italien kommt man zu ähnlicher Ueberzeugung. Im „Corriere della Sera“ heißt es: „Arbeiten wir doch alle an dem Völkerverbunde, der die allmähliche Umgestaltung der Verträge vorbereitet, ehe diese unter dem Gewichte der Nichterfüllung zusammenbrechen.“

Und Mario Borja erklärt: „Der Vertrag von Versailles ist zum Sterben verurteilt worden zwischen Unterzeichnung und Ratifikation. Eine Revision scheint unumgänglich... Es ist im Interesse aller, daß man das Unrecht aufgibt, und es ist nicht ausgeschlossen, daß wir dazu gezwungen werden, wenn wir uns in die Unmöglichkeit verfaßt haben, den Pariser Entschlüssen im ganzen Geltung zu verschaffen.“

Besonders charakteristisch ist der Gesichtspunkt, der von dem Schweden Dr. Pranting bei der Debatte über den Beitritt zum Völkerverbunde im schwedischen Reichstag ausgeführt wurde. Er erklärt es als Hauptaufgabe der Neutralen, daß sie ihre Mitgliedschaft im Völkerverbunde dazu benutzen sollen, um für die Revision des Vertrages Arbeit zu leisten. Aus einer ganzen Anzahl Neuerungen englischer und amerikanischer Fachleute und Politikern, vor allem aber aus neutralen Ländern, kommen immer mehr die zwei neuen und wichtigen Gedanken zum Ausdruck: Unmöglichkeit der Durchführung der Friedensbedingungen für Deutschland und daher Notwendigkeit der Revision durch den Völkerverbund.

Joch in Köln.

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 8. März. General Koch traf heute vormittag gegen 9 Uhr auf dem hiesigen Hauptbahnhof ein. Zum Empfang hatten britische Truppen mit Musik vor dem Eingang zum Hauptbahnhof Aufstellung genommen.

Zur Auslieferung Wilhelms II.

(Eigener Drahtbericht.)

London, 8. März. Die Alliierten werden auf die vollständige Antwortnote wegen der Auslieferung des Kaisers eine dritte Erwiderung folgen lassen. Man versichert jedoch, daß die Alliierten schließlich auf ihre Forderung verzichten werden, falls Holland die vollständige Garantie für ausreichende Bewachung des deutschen Kaisers gewährleistet, dessen Bewegungsfreiheit zu vereinbaren wäre. Der Kaiser wird übrigens Anfang April zu dauerndem Aufenthalt nach dem Schloße Doorn überföhrt.

Das oberste Ziel.

Wien, 8. März. Wie das Corr. Büro meldet, fand gestern eine vom Hilfsverein für Deutschböhmen und die Subdenkmalen veranstaltete Gedenkfeier für die vor einem Jahr in Deutschböhmen und in dem Subdenkmalen gefallenen Opfer statt. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden erteilte auch Präsident Dinahof das Wort, der u. a. erklärte, daß das oberste Ziel aller Deutschen hüben und drüber die Vereinigung zu einem einheitlichen Staatsgebilde sein müsse. Die Gedenkfeier wurde mit dem Abingen des Liedes: „Deutschland, Deutschland über Alles“ geschlossen.

Die „Kriegsverbrecher“.

Motterdam, 8. März. Laut „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet die „Dail Mail“, daß die Alliierten Oesterreich, Bulgarien und Ungarn gestatten werden, ihre Kriegsverbrecher selbst abzurufen. Nur die Türken müssen ihre Missetäter den Alliierten ausliefern. Die an Deutschland gerichtete Aufforderung, Enver Pascha auszuliefern, bleibt, wenn er sich auf deutschem Gebiet befinden sollte, aufrecht erhalten.

Deutsche Nationalversammlung.

(Eigener Drahtbericht.)

W. Berlin, 8. März. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzes über die Grundschule.

Minister Dr. Koch: Das Programm der Reichsregierung in Schulfragen kam Ihnen vorgelegt werden, wenn die Regierung sich über alle einschlägigen Fragen klar geworden sein wird. Auch die Schulkonferenz nach Osnabrück wird uns nur Anregungen geben können. Das Gesetz über die Grundschule und die Aufhebung der Volksschule konnte vorweg genommen werden, weil dieser Punkt in der Reichsverfassung hinlänglich geregelt ist und eine Reihe von Ländern und Städten im April die Vorarbeiten abgeben werden. Das Gesetz gibt nur die Grundzüge und überläßt die Einzelheiten den örtlichen Verhältnissen. Die veranschlagten Kosten sind gering. Ich bitte die Beratung des Gesetzes zu beschleunigen. Die Frage, die erledigt wird, ist nicht schultechnischer, sondern sozialer Natur.

Abg. Antonie Pfiff (Soz.): Der Abbau der Volksschule ist die notwendige Voraussetzung für die verfassungsmäßig garantierte Grundschule. Wir beantragen, das Gesetz heute in allen drei Lesungen zu erledigen.

Abg. Oberhagen (D. N.): Wir wollen das in der Verfassung garantierte Recht der Elternentscheidung in der Grundschule gewahrt wissen. Die Volksschule ist keine Ständeschule. Wir beantragen die Ausschüßberatung.

Abg. Bursage (Str.): Wir erkennen an, daß das Reich Einkauf auf die Schule haben soll. Die Grundzüge der Verfassung in dieser Richtung billigen wir. Natürlich muß der Entwurf einer gründlichen Ausschüßberatung unterzogen werden, vielleicht durch den Verfassungsausschuß.

Abg. Welsch (Dem.): Wir haben voll und ganz auf dem Standpunkt der Verfassung. Dieses Gesetz ist weiter nichts als eine Umgestaltung der Verfassung. Von rechts wie man Morgenluft zu wahren. Diese Schulfragen sollten aus dem politischen Kampf herausgehoben werden.

Abg. Kuntze (D. N.): Wir werden ja den Weg der Einzelstaaten zunächst gehen müssen. Deshalb sind wir mit der Grundschule einverstanden. Es wird sich zeigen, wenn der Reichstag nur auf vier Jahre vertagt wird. Es wird auch gut sein, wenn die Kinder aller Reichsklassen sich näher kennen lernen ohne parteiliche Verengung.

Unterstaatssekretär Schulz: Die Ergebnisse der Reichsausschüßberatung können abschließend nicht bewertet werden. Wir können darauf nicht warten. Die Bedenken gegen das Gesetz sind mehr technischer Art. Wir sind gedrängt worden von den Unterrichts- und Schulverwaltungen der Länder und Gemeinden. Parteipolitischen waren nicht maßgebend. Die Grundschule wird eine Arbeitsschule. Keine

Intelligenzschule sein. Ein Gesetz über die Lehrerbildungsanstalten wird der Nationalversammlung bald zugehen.

Abg. Kunert (U.S.): Dem Prinzip des Gesetzes können wir zustimmen.

Abg. Leicht (Bauer, Volksp.): Dem Grundgedanken der Grundschule stehen wir auf dem Standpunkt über. Wir schlagen Ueberweisung an eine eigene Kommission von 28 Mitgliedern vor.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Dr. Quast (Soz.), Frau Behm (Deutsch-Nat.), Bursage (Str.) geht die Vorlage an einen besonderen Ausschüß von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Beratung des Entwurfes eines Beschlusses.

Unterstaatssekretär Wölke: Nach der Ablehnung anderer Entwürfe hat die Regierung sich für die Beibehaltung der Beschlüsse als solche entschieden, doch müßte das gegenwärtige Beschlusses aufgehoben werden. Der Gesamtanbau des Steuerwesens müßte schnell an Ende geführt werden. Die Höhe der Steuern ist wahrhaftig genannt worden. Das trifft nicht zu. Der Bedarf ist wahrhaftig hoch. Wer es kann, der zeige uns einen anderen Weg, der aber auch sofort beschritten werden kann.

Die Beratung über das Gesetz wird zunächst vertagt. Hierauf beginnt die erste Beratung eines Gesetzesentwurfes über die

Erhöhung der Kantonalität der Amtsgerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten über vermögensrechtliche Ansprüche.

Der Entwurf geht an den Verfassungsausschuß. Dann folgt die erste und zweite Beratung eines Gesetzesentwurfes über

Bergütung von Leistungen für die feindlichen Streitkräfte im besetzten Reichsgebiet.

Dieser Entwurf wird auch gleich in dritter Lesung erledigt. Das Gesetz über die

Ausgabe des 10er Musik überwiegen. Moran 1 Uhr Mittags über Reichstagsabläufe. Anträge nach 6 Uhr.

Die deutsche Republik.

Graf Bernstorff demokratischer Reichsstandidat.

Wie bereits gestern gemeldet, hat Graf Bernstorff die ihm vom demokratischen Wahlkreisverband Duisburg-Krefeld angetragene Kandidatur für die kommenden Reichstagswahlen angenommen. Der Wahlkreis 23 hat in der Nationalversammlung keinen demokratischen Abgeordneten entsandt, er ist durch sieben Zentrumsgewählte, drei Sozialdemokraten und einen Volksparteivertreter.

Bayerische Mittelpartei.

Eine kürzlich in München abgehaltene Landesversammlung der Bayerischen Mittelpartei beschloß den Anschluß an die Deutsch-Nationale Volkspartei im Reich.

Dr. Doriens Glück und Ende.

(Eigener Drahtbericht.)

Köln, 8. März. Die „Rheinische Zeitung“ schreibt unter obiger Ueberschrift:

Am Sonntag sollte in Boppard ein entscheidender Schlag geschehen. Die Volkserhebung sollte in die Öffentlichkeit treten. Man wollte eine Willensherabsetzung des rheinischen Volkes verhindern. Am Sonntag sollte in Boppard ein entscheidender Schlag geschehen. Die Volkserhebung sollte in die Öffentlichkeit treten. Man wollte eine Willensherabsetzung des rheinischen Volkes verhindern. Am Sonntag sollte in Boppard ein entscheidender Schlag geschehen. Die Volkserhebung sollte in die Öffentlichkeit treten. Man wollte eine Willensherabsetzung des rheinischen Volkes verhindern.

Badischer Landtag.

Haushaltsauschuß.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.) In der gestrigen Sitzung des Haushaltsauschusses wurde dem Antrag des Ministeriums des Innern um Einstellung von 50 Anwärtern zum Staatspolizeidienst nach kurzer Erörterung zugestimmt. Von einem Zentrumsgewählten wird bei dieser Gelegenheit betont, daß der Aufwandsdienst doch bei verhältnismäßig so leichter Beschäftigung nicht anerkannt werden sollte. Man werde bei der Beratung des Voranschlags darauf zurückkommen.

Der Antrag der Abg. Kiesel, Kiefer, Müller-Schwanke und Henrich wegen Gewährung von einm. 3000000 Mark an das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe und einer ähnlichen Unterstützung in Höhe von 1000000 Mark wurde nach eingehender, mehrstündiger Aussprache zurückgewiesen. Die Regierung wurde ermahnt, Gutachten einzuholen und dem Haushaltsauschuß mit ausführlicher Begründung Bericht zu erstatten. Die Aussprache, insbesondere die Ausführungen der Minister des Innern und des Justiz und Unterrichts haben ergeben, daß die Unterlagen nicht genügend geklärt sind, um eine so weit gehende Zustimmung anzuheben zu können.

Einer der Herren Antragsteller legte die Lage der Textilindustrie infolge von Rohstoffmangel eingehend dar; er wies auf die Unmöglichkeit hin, in den nächsten Jahren die nötigen Rohstoffe zu beschaffen; dies sei der Industrie schon aus Kapitalmangel unmöglich. Die Rohstoffpreise seien bis 600 Prozent gestiegen. Das Deutsche Forschungsinstitut für Textilstoffe unter Leitung des Herrn Prof. Uebelode habe sich um die Eröffnung der Versuchsfabrik in letzter Zeit besonders durch die Inangabe „Arco“-Baumwolle große Verdienste erworben. Das Institut müßte im Interesse der Volkswirtschaft, insbesondere der unbeschäftigten Arbeiter gefördert werden. Die Industriellen brähen dem Forschungsinstitut nicht das erwünschte Interesse entgegen. Insbesondere fürchteten sie in ihrer Rücksichtlosigkeit, daß die im Kuratorium sitzenden Gemeindefunktionäre auf viel Einblick in ihre Kalkulationen gewinnen könnten. Dagegen setzen sie sich dafür ein, daß das Forschungsinstitut der Textilindustrie zurückgewiesen wurde.

steller hält diesen Weg für unanbar, da es sich ja nur um ein Forschungsinstitut und nicht um ein Lehrinstitut handelte. Als Mitglied des Kuratoriums betrat er in seinen eigenen Ausführungen die Ansichten der Leitung des Instituts.

Nach den Erklärungen der beiden anwesenden Minister, die, soweit sie es vermochten, sachliche Aufklärung gaben, würdigten die Sprecher aller Fraktionen die zweifelslos große volkswirtschaftliche Bedeutung dieses Forschungsgebietes. Einz. war man sich aber auch, daß ohne vorhergehende Beurteilung der beantragten Gewerbe eine endgültige Entscheidung unmöglich sei.

Inbesondere wurde der Verminderung Ausdruck gegeben, daß die Unternehmer sich so zurückhaltend zeigten. Der Unterrichtsminister hält die vom Antragsteller gegebene Begründung für nicht befriedigend. Schließlich wurde noch auf die hohen Kosten, die die Errichtung und Anbetriebhaltung eines solchen Institutes erfordern, hingewiesen und das Ministerium ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Veranschlagung der vom Reich zur Verfügung gestellten 5000000 M. für fünf Institute entzogen werden müsse. Man solle alle zur Verfügung stehenden Mittel aufkommen lassen.

Badische Politik.

Die Einrichtung der forstwissenschaftlichen Abteilung in Freiburg.

Nach der Initiierung des Ministerialreferenten Geh. Oberregierungsrats Dr. Schwörer bei der in Bruchsal abgehaltenen Besprechung der Regierungsvertreter Württembergs und Badens wegen Verlegung der Forstakademie von der Technischen Hochschule an die Universität Freiburg wird das badische Unterrichtsministerium den forstwissenschaftlichen Unterricht in Freiburg zunächst im Interesse Württembergs und Badens, jedoch aber auch, weil mit dem Besuch der Forststudierenden aus dem ganzen Reich in Freiburg verbunden wird, in Erfüllung aller Anforderungen entsprechender Weise ausstatten. Es werden drei ordentliche Professuren für die eigentlichen Forstwissenschaften und ein Extraordinariat für den Leiter des forstwissenschaftlichen Lehrwesens. Ferner werden der Forstzoologie der Technischen Hochschule und der etatsmäßige Extraordinarius für Bodenkunde mit der Forstakademie nach Freiburg überföhrt. Ferner wird das Lehrgeld der Forstakademie an das badische Ministerium der Universität Freiburg angeschlossen werden; es ist beabsichtigt, ein Extraordinariat für forstliche Botanik zu schaffen oder zunächst Lehraufträge für dieses Gebiet zu erteilen. Bei der Größe des neu angelegten Botanischen Gartens und des neuen botanischen Instituts der Universität Freiburg kann ohne Schwierigkeit ein Teil der Forstakademie überföhrt werden. Die reich auszufüllenden Assistentenstellen sollen mit württembergischen und badischen Staatsangehörigen besetzt werden. Württemberg, dessen Forstakademie in Tübingen auf 1. Oktober 1920 aufgehoben werden wird, gibt zur Ausstattung der Freiburger Forstakademie einen Beitrag von 150000 M.

Aus der badischen Bauernbewegung.

Nach einer Mitteilung der Wochenzeitung „Der Landwirt“, des Organes der Vereinigung der kleinen und mittleren Landwirte, die, wie gemeldet, vor einiger Zeit in Gommersheim gegründet worden ist und der der deutschnationalen Landtagsabgeordnete Fischer-Lahr angehört, ist ein Badischer Bauernverband gegründet worden und zwar aus der Vereinigung der kleinen und mittleren Landwirte und dem Badischen Bauernbund. In der nächsten Zeit soll in Karlsruhe oder in Offenburg eine konstituierende Landesversammlung stattfinden.

Schlechte Bedienung der Presse.

Während der Nachmittagsitzung wurde am Donnerstag der vorangegangenen Woche im badischen Landtag der Entwurf eines Gesetzes über die Uebernahme der badischen Staatsbahnen durch das Reich an die Landtagsabgeordneten verteilt. Die Kenntnis dieses Gesetzesentwurfes ist selbstverständlich für die Presse von allergrößter Wichtigkeit. Das Finanzministerium ist aber anscheinend anderer Ansicht, denn bis zur Stunde hat es den Zeitungen den Entwurf noch nicht zugehen lassen. Gegen eine solche Behandlung muß die Presse ganz energisch Einspruch erheben. Es handelt sich in der Frage der Uebernahme unserer Eisenbahnen um eine Angelegenheit, die nicht nur die Regierung, sondern das ganze badische Volk angeht. Wir ermahnen uns nicht, daß in den letzten zehn Jahren der alten Regierung die Presse in einer so bedeutsamen Frage schlecht bedient worden wäre, wie es hier geschehen ist.

Aus Baden.

Vortragskurs über Wohnungs- und Siedelungsfragen.

Das Arbeitsministerium veranstaltet in der Zeit vom 9. bis 12. März in Karlsruhe einen Vortrags- und Ausbildungskurs für hiesige Beamte über Wohnungs- und Siedelungsfragen, der im Plenarsaal des Landtages abgehalten werden sollte. Infolge der Weiterführung der Landtagsverhandlungen in dieser Woche wird der Kurs nunmehr in dem großen Vortragsaal für Geologie der Technischen Hochschule Karlsruhe, Katerstraße, Hauptingang, 3. Stock, stattfinden.

Stellung des Badischen landwirtschaftlichen Vereins zu landwirtschaftlichen Tagesfragen.

Karlsruhe, 8. März. Der Sachverständigenrat des Bad. landw. Vereins hielt kürzlich hier eine Sitzung ab, in der das Mitglied des Präsidiums Dr. Müller-Wachsmuth über die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion äußerte und nach ihm Oekonomierat Württembergerscher über die Wiederaufnahme des Sanftbaues sprach. Der zweite Redner stellte dem Antrag, daß zur Dehna des Sanftbaues und des Handspinnens sofort erhebliche Mittel bereit gestellt werden und an die badische Regierung das dringende Ersuchen gerichtet werde, bei der Reichsregierung zu beantragen, daß der bäuerliche Kleinanbau von Saat und Flach von jeder Ablieferungspflicht befreit werde. Die Warenvermittlung des landwirtschaftlichen Vereins soll die Veranschlagung des Sanft- und Flachsaat sofort in Angriff nehmen und die Landwirte sollten über den Anbau und die Behandlung des Flachses belehrt werden. Der Sachverständigenrat erklärte sich mit diesen Vorschlägen vollständig einverstanden, wobei die Notwendigkeit der Wiedereinführung des Handspinnens in der Bauernschule besonders hervorzuheben wurde, um dem großen Mangel an Leinwand und Zwilch abzuhelfen. Es wurde auch betont, daß der Sanftbau für den bäuerlichen Haushalt nur kleine Aufwände erfordert, so daß der Nahrungsmittelebau dadurch nicht beeinträchtigt wird. Die Neuorganisation der Eierverwertung wurde gebilligt. Der Sammlung von Eiern für die Krankenhäuser, wie es die Neuorganisation vorsieht, werde sich kein Landwirt widersetzen. Schließlich berichtete Präsident Salzer noch über die Änderungen des Landwirtschafts-

ammergesetzes und über die bevorstehenden Wahlen zur Landwirtschaftskammer. Allgemein wurde hervorzuheben, daß ein Aufkommen aller landwirtschaftlichen Verbände bei Aufstellung der Wahlverordnungen wünschenswert sei.

Durlach, 8. März. Die feinerzeit wegen angeblicher Unregelmäßigkeiten beim hiesigen Trainebataillon verhafteten Personen sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Stuttgart, 8. März. Am Mittwoch, 10. März, wird die hiesige Unteroffizierschule, die seit 50 Jahren der Stadt ein besonderes Gepräge verlieh, aufgelöst. Nach vor dem Krieg war für die Schule auf weit abliegendem Gelände ein neuer Gebäudekomplex entworfen, der dann in den letzten Jahren in ein Refektorium umgewandelt wurde.

Karlsruhe, 8. März. Eine hier neuerrichtete Hauptlehrerschule wurde dem Unterlehrer Otto Wenzel, derzeit in Gillingen angestellt, übertragen. An der hiesigen Volksschule sind nun acht Lehrkräfte tätig.

Baden-Baden, 8. März. Am Sonntag mittag wurde auf dem dichtbesetzten Leopoldplatz der etwa 2000köpfigen, ausreicht in Heidelberg studierende Sohn des Bankiers Kahn von dem unzufällig abstrahieren Sohn des hiesigen Professors und Kunstmalers Engelhorn ohne jeden Wortwechsel durch zwei Revolverkugeln, von denen der eine das Gesicht, rüchlings erschossen. Der Täter wurde, ehe er die Waffe acaen sich richten konnte, verhaftet.

Ungersheim, 8. März. Der erst vor kurzem aus der Gefangenenschicht zurückgekehrte Sohn der Familie Sandhas in Reichartshausen war mit Lenaholzfabren beschäftigt, als plötzlich die Sprengstoffe des Bauerns rief. Dieser führte einen Schlag hinunter, und Sandhas erlitt so schwer Verletzungen, daß er starb. Ein ebenfalls schwer verletztes Pferd mußte getötet werden.

Trüben, 8. März. Eine aus ungefähre 50 Personen bestehende Goldfischbande, deren Mitglieder sich meistens aus Baden aufammenen sollen, treibt im Schwarzwald ihr Unwesen. Die Schieber verfolgen, Gold- und Silberminen anzu erschließen, und auch aus Frankreich zu schmuggeln. Die Bande ist wohl organisiert und soll ihren Sitz in Karlsruhe haben.

Lahr, 8. März. Im hohen Alter von 88 Jahren ist in Lahr a. N. Friedrich Bauer hier gestorben. Der Enghäuser, der Jahrzehnte hier lehrerhaftig tätig war und zu den angesehensten Gelehrten des badischen Landes zählte, war 1855 in den Dienst der evangelischen Landeskirche eingetreten und wirkte darin 55 Jahre, davon viele Jahre als Pastor.

Freiburg, 8. März. Dieser Tage wurde der von Dr. Karl Müller, Quantenbergs, im Botanischen Universitätsinstitut abgehaltene Nebstabschnittstag beendet, der von 236 Nebstabschneidern aus allen Teilen Badens und auch aus Württemberg besucht war. Die große Zahl der Teilnehmer zeigt, wie sehr sich die Wäner für die neuesten Fortschritte im Weinbau interessieren.

Bonn, 8. März. Die Bismarckfeier auf dem Feldberg wird in diesem Jahre wieder in der üblichen Weise abgehalten. Am Abend des 31. März ist eine Feuerfest, am 1. April Kranzniederlegung am Denkmale des ersten Kaisers.

Konstanz, 8. März. Der Aufbruch des Revolutionsdenkmals am Godelsbühl wird jetzt beginnen, nachdem die Edelsteine und die Natur eingetroffen sind.

Letzte Nachrichten.

Die Kredite zur Verbilligung der Lebensmittel.

(Eigener Drahtbericht.) Berlin, 8. März. An maßgebender Stelle erklärt man über die Verwendung und Verbilligung der letzten 3/4 Milliarden Kredite zur Verbilligung der Lebensmittel: Der beste Beweis für ihre Wirkung ergebe sich daraus, daß nach dem 1. März, als diese 3/4 Milliarden aufgebraucht waren, eine Steigerung der Lebensmittelpreise um 50-100 Prozent einsetzte. Ein besondere Rolle bei der Verwendung der Summe spielte die Versorgung der Industriegebiete, besonders der Bergarbeiter. Es sind nun bereits seit geraumer Zeit amerikanische Kommissionen in Deutschland, um die Möglichkeit neuer Einfuhren festzustellen. Es wird daran gedacht, einen Weg zu finden auf der Basis, daß er einen Austausch von Industrieartikeln gegen Lebensmittel gestattet.

Einbruch in das Reichsbürger Japanneriegeschäft.

(Eigener Drahtbericht.) Dresden, 8. März. (Wolff.) In der Nacht zum 5. März ist in das Japanneriegeschäft in Dresden ein Einbruch verübt worden, wobei 33 wertvolle und japanische Porzellan-, sowie die Tischplatte eines mit Silberbesteckten und verzierten Sölkens einmündigen Japanneriegeschäfts abgehoben wurde. Das Porzellan stammt aus dem 17. und 18. Jahrhundert und ist in hiesiger und japanischer Art bemalt; das Tischchen ist mit 152 Silberbesteckteilen besetzt. In der Mitte des Tischchens befindet sich der Namenszug E. A. aus Berlin und Vergriffenfall.

Die Sinnfeiner.

(Eigener Drahtbericht.) London, 8. März. (Wolff.) Am Anfang ein in die Sektion der Sinnfeiner in Dublin vorgenommene Hausdurchsuchung ordnete die Regierung eine Untersuchung über die Beziehungen zwischen irischen Bankhäusern und den Organisationen der Sinnfeiner an.

Sancti-Baden, 8. März. (Wolff.)

Der Nationalhof in Paris hat das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Rocchiana, das von dem Kriegsgericht in Amiens gefällt worden ist, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht verweist.

Zuckooh Crème

die gute, hautverjüngende Zuckooh-Crème, neben Zuckooh-Elkt-Crème das weitaus Beste bei rauher, spröder Haut!

Käfer

(Schwaben sowie Russen) sind sehr ekstremerregend und versuchen die Räume bald auf Unkraut zu überfallen. Man lasse dieses abschließliche Ungeräte jetzt schon vor der Brutzeit durch das leistungsfähige Unternehmen D. V. G. U. Anton Springler, nur Ettlingerstraße 51, Telefon 2940, vertilgen.

Aus dem Stadtkreise.

Dr. Ernst Wagner, der Erzieher des letzten Großherzogs und bis zum 1. Oktober 1919 Direktor der Vereinigten Sammlungen für Altertums- und Völkermuseen am Friedrichsplatz, hat in der Nacht vom Sonntag auf den Montag seine Augen geschlossen.

Die Rettungsnot hat wieder ein Opfer gefordert. In seiner Nummer 10 vom 7. März sieht sich der Gemeindevorstand der Gemeinde für die Stadt Karlsruhe zur Mitteilung genötigt, daß er sein Verlangen einstellt, daß die Kosten für Papier, Tinte und Druck für die Friedenspreise um das Dreifache gesteigert haben.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Die Badische Gefangenensfürsorge schreibt uns: Die Zahl ihrer Vermittlungen im Weltkrieg ist über jeden Vergleich hinaus zu erheben. In der ersten Hälfte des Jahres 1919 wurden 10.000 Gefangenensfürsorgeleistungen erbracht.

Der Deutsche Handlungsgehilfenverband, Ortsgruppe Karlsruhe, veranstaltete am Samstag, den 28. Februar, im großen Saale des Hotel-Restaurants Friedrichshof den ersten diesjährigen Familienabend, der sich eines überaus guten Besuchs erfreute.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG) hat am Sonntag, den 14. März, abends 7 Uhr, die gesamte Bürgerschaft des Bezirks Weier heimlich, freischützensmäßig in der Aula der DFG in Karlsruhe versammelt.

Wirtschafts- und Handelszeitung.

Rundschau auf dem Holzmarkt.

Allgemeine Lage. Die Verhältnisse am deutschen Holzmarkt haben sich im Laufe des Monats Februar nach der soliden Seite hin nicht geändert. Die Jagd nach Ware schließt jede Kalkulation aus, die Preise werden täglich sprunghaft in die Höhe getrieben, weil selbst haben großen Holz-mangel, weil das Holz in gewaltigen Mengen ins Ausland wandert und so für viele Industrien der Rohstoff verloren geht.

Nadelrundholz. Die Kaufkraft bei den Verkäufen in den Forsten hielt unverändert an. Auch bei den Terminen mit beschränkter Zulassung von Käufen waren Preistreiberinnen an der Tagesordnung. Besonders lebhaft beteiligte sich das Sägewerke an der Eindeckung. Die Taxen wurden bis zu 1000 Proz. überboten.

Laubholz. Die Lage am Laubholzmarkt ist außerordentlich fest. Sämtliche Holzarten sind im Preise gestiegen, besonders Eichenholz. Im Spätsortiment bietet man für erstklassige Ware per Festmeter 10000 Mk. und mehr.

Verkehr. Eine rasche wirtschaftliche Verständigung zwischen Deutschland und Polen wäre für die Holzwirtschaft von großer Bedeutung. In Ostpreußen warten große Mengen Schnittmaterial auf Abtransport.

Brennholzmarkt. Dank des gelinden Winters konnte Deutschland trotz der großen zu überwindenden Schwierigkeiten mit Brennholz im allgemeinen befriedigt versorgt werden.

Die Wirtschaftshilfe für Europa. Es hat lange gedauert, bis die Alliierten sich von der Notwendigkeit einer umfassenden Hilfe für Europa, und besonders Deutschland, überzeugt haben.

Börsen- und Finanzmeldungen. Berliner Börse. Die durch das Zugeständnis zur Aufnahme einer großen deutschen Auslandsanleihe in absehbarer Zeit bestehenden Aussichten auf Hebung der deutschen Valuta und den Abbau der hohen Rohstoff- und Lebensmittelpreise rief vorbörslich in den Kreisen der Spekulation Befürchtungen und eine starke panikartige Erschütterung des Marktes hervor.

Börsen- und Finanzmeldungen. Berliner Börse. Die durch das Zugeständnis zur Aufnahme einer großen deutschen Auslandsanleihe in absehbarer Zeit bestehenden Aussichten auf Hebung der deutschen Valuta und den Abbau der hohen Rohstoff- und Lebensmittelpreise rief vorbörslich in den Kreisen der Spekulation Befürchtungen und eine starke panikartige Erschütterung des Marktes hervor.

men unbekannt sind. Der Oberste Rat glaubt deshalb, es wäre außerordentlich wünschenswert und liege im Interesse der alliierten Länder, wie im Interesse Deutschlands, daß die gesamte Summe der Wiedergutmachung, die Deutschland gehalten ist, nach dem Friedensvertrag von Versailles zu zahlen, sobald wie möglich festgesetzt wird.

Der Oberste Rat ist übereingekommen, gewisse Leitsätze aufzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu verringern. Es scheint ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch wie möglich wieder hergestellt werden.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Die Haushaltausschüsse des amerikanischen Repräsentantenhauses hat die Beschlüsse gut geheißen, in denen die Regierung und die Getreidekorporationen ermächtigt werden, dem bedürftigen Europa 5 Millionen Scheffel Weizen auf Kredit zu verkaufen.

Sozialpolitische Rundschau.

Arbeitsgemeinschaft der evang. Hausgehilfenvereine Süddeutschlands. In Karlsruhe tagte am 4. März eine Versammlung von Vertretern der badischen evang. Hausgehilfenvereine, um über den Aufnahmestatus zur Arbeitsgemeinschaft der evang. Hausgehilfenvereine Süddeutschlands zu beraten.

